



Warum Politiker sich **machtlos** fühlen

von Peter Knobloch

Deutsche Parlamentarier fühlen sich machtlos. Das belegt die bislang größte Umfrage unter deutschen Volksvertretern. In der Pflicht sehen sie vor allem den Bürger. Woher kommt dieser kleinlauten Ton aus deutschen Abgeordnetenhäusern?

Es war die größte Befragung deutscher Parlamentarier in der Geschichte der Bundesrepublik. Mehr als jeder dritte Abgeordnete aus Bund und Ländern (36 Prozent) fand den Fragen der Forscher Rede und Antwort. Das zentrale Ergebnis überrascht: Deutsche Abgeordnete fühlen sich machtlos. Zwischen 65 und 88 Prozent der Politiker glauben – nach zehn politischen Themen befragt –, sie persönlich hätten einen großen Einfluss darauf, etwas in dem jeweiligen Politikfeld zu verbessern. Der Wahlbürger mag sich fragen: Wozu gebe ich einem Volksvertreter meine Stimme, wenn sich dieser nicht in der Lage sieht, für meine Interessen einzustehen?

Woher kommt dieses Gefühl der Machtlosigkeit bei deutschen Abgeordneten? „Das mag an den vielfältigen Zwängen von Fraktionen und Parteiparappaten liegen oder auch an der Arbeitsteilung im Parlament“, erklären die beiden Herausgeber der Studie, die Professoren Joachim Klewes und Ullrich von Alemann von der Universität Düsseldorf.

Macht oder Ohnmacht?
Parlamentarier bei der
Abstimmung.

Ein Blick in den Alltag eines Durchschnittsabgeordneten im deutschen Bundestag macht deutlich: Viel hat der parlamentarische Normalo nicht zu melden. Die meisten Entscheidungen fallen in Ausschüssen. Alle wichtigen Details handeln seine Kollegen aus der Parteispitze unter sich aus, hinter verschlossener Tür werden die Entscheidungen getroffen. Der Normalo bleibt außen vor. Zu guter Letzt darf er der Fraktion noch mit seiner Stimme dienen. Er muss nur noch seine Hand heben, oder eben unten lassen. Viele Parlamentarier fühlen sich deshalb zum „Stimmvieh“ degradiert. Die Hierarchie in der deutschen Politik spiegelt eindrucksvoll den Aufbau unserer Gesellschaft wider, der Begriff repräsentative Demokratie bekommt eine völlig neue Bedeutung.

Auch die Macher der Studie halten die gefühlte Einflusslosigkeit deutscher Parlamentarier für „aus demokratietheorietischer Perspektive bedenklich“. Denn einerseits scheint es zwar wünschenswert, dass der Einzelne keinen „persönlich großen politischen Einfluss“ besitzt, wie es in der Studie heißt; dass Macht geteilt wird, damit nicht ein Einzeller den Massen seinen politischen Willen diktiert. Liegt es also in der Logik des Systems, wenn sich Abgeordnete machtlos fühlen? Doch Professor Joachim Klewes stellt eine Gegenfrage: „Kann in einer Demokratie, in der wir aufgrund verschiedener Umstände ein großes Übergewicht der exekutiven Macht spüren, ein Abgeordneter überhaupt ‚zu viel‘ Einfluss haben?“

Klewes sieht die Gefahr, „dass einzelne einflussreiche, medial präsente Politiker aus der Exekutive das Gesamtbild bestimmen“ und verweist damit auf das bedenkliche Macht-Übergewicht der Regierung.

Besonders deutlich wird das in den Institutionen der Europäischen Union. In Brüssel und Straßburg bilden EU-Rat und -Parlament zusammen die legislative, gesetzgebende Kraft. Anfangs als rein beratende Versammlung begründet hat das EU-Parlament zwar in seiner Entwicklung stetig an Macht hinzugewonnen. Es steht bislang aber immer noch hinter dem Rat der Minister. Dabei ist das Parlament das am besten demokratisch legitimierte Organ der EU, da die Abgeordneten bei den Europawahlen vom Volk gewählt werden. Der Rat hingegen setzt sich aus den Ministern der Regierungen aus den EU-Staaten zusammen, also einzig aus Mitgliedern der Exekutive.

Geht es im sogenannten Ministerrat zum Beispiel um Fragen der Umweltpolitik, berät Deutschlands Umweltminister Norbert Röttgen zusammen mit den Umweltministern der anderen 26 EU-Länder. Während Röttgen also im Rat als Teil der gesetzgebenden Kraft (Legislative) arbeitet, gehört er im Bund gleichzeitig zur Regierung und damit zur Exekutive. Abgeordnete aus Bund und Ländern sind in den wichtigsten europäischen Institutionen nirgends vertreten. Und das obwohl die EU den Bund und die Länder in ihrer gesetzgeberischen Macht längst überholt hat; Ein Großteil der Gesetze, die uns persönlich betreffen, werden in Brüssel gemacht. Die Bundestagsabgeordneten, die durch den Wähler demokratisch legitimiert sind, haben das Nachsehen.

Nicht nur in Brüssel, auch in Berlin werden die Parlamentarier immer öfter zum Statisten degradiert, wird die Legislative übergangen. Das wichtigste Handwerkzeug der Regierung ist dabei der Druck der Medien. Sie nutzt Zeitungen, Fernsehen und Internet als Bühne, auf der sie das Weltende inszeniert. Sie schürt Ängste in der Bevölkerung – Angst vor dem GAU, Angst vor der Pleite, Angst vor dem Ende Europas. Die drohende Katastrophe abzuwenden, versprechen sie schnelles Handeln. Ob beim Atom-Moratorium, der Bankenrettung oder in der Griechenland- und Eurokrise: Entscheidungen sind alternativlos, tönt es von den Regierungsrängen. Dabei eliminiert der Begriff „alternativlos“ jegliche Debatte, demokratische Diskurse werden als überflüssig bezeichnet, bisweilen sogar als verantwortungslos denunziert. Taten sind gefragt und so werden Gesetze unter enormem Zeitdruck durch Bundestag und Bundesrat gejagt oder, wie beim Atommoratorium, sogar an den Parlamenten vorbeigeschleust.

Zur Verabschiedung der Griechenland-Rettung – bei der Bundesregierung kurzfristig 22 Milliarden Euro bereitstellte – wurde die Beratungszeit im Bundestag auf Druck der Exekutive von den üblichen sechs Wochen auf fünf Tage gestrafft. In dieser kurzen Zeit jedoch war unmöglich, ein ausgewogenes Gesetz zu erarbeiten, geschweige denn, einen parlamentarischen Diskurs zu führen. Vor apokalyptischer Kulisse bleibt dem parlamentarischen Normalo unter dem Druck medienstarker Politprofis aus der Regierung kaum mehr übrig, als einen vermeintlich alternativlosen Beschluss abzuknicken.

Ist es da ein Wunder, dass die Politikverdrossenheit bis in die Reihen deutscher Abgeordnetenhäuser vorgerückt ist? Aber wer soll an ihrer Stelle nun die großen Probleme der Gesellschaft anpacken – wer wenn nicht der Gesetzgeber? Selbst ist der Bürger! Dieser Meinung sind gut 46 Prozent aller Abgeordneten. An zweiter Stelle in der Pflicht sehen die Parlamentarier die Wirtschaft und erst an dritter und letzter Stelle sich selbst. „Ob das nun ‚Realismus‘ oder ‚Resignation‘ ausgedrückt“, so Professor Klewes, „mag jeder selbst entscheiden.“

Dass Bürger aktiv in der Politik mitmischen wollen, zeigen die Gegner von Stuttgart 21. Dort zeigten sich neue Formen politischer Teilhabe, die ausprobiert werden müssten, so Klewes. Zwar sind diese langwieriger, aber dafür auch demokratischer.

Ein Ergebnis, das beruhigt: Bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Benachteiligung und der Verbesserungen der Arbeitsmarktlage, also den klassischen Aufgabenfeldern der Politik, sehen die Abgeordneten nicht den Bürger, sondern vor allem sich selbst in der Pflicht. Der Staat sollte die Voraussetzungen für das Miteinander in der Gesellschaft schaffen. Die Macher der Studie meinen: „Die Politik kann nur Rahmenbedingungen und Anreize für Verhaltensänderungen setzen.“ Das mangelnde Selbstbewusstsein deutscher Parlamentarier besorgniserregend. Doch statt Politikverdrossenheit ist bürgerliche Initiative gefragt.